



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl, Andreas Winhart**
und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird die Summe der Ansätze der TG 60 (Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention) von insgesamt 4.626,1 Tsd. Euro um 4.626,1 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

In Kap. 10 06 Tit. 684 60 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen) wird die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.100,0 Tsd. Euro gestrichen.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2023 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Derlei Präventionsprogramme gegen Radikalisierung führen aus unserer Sicht i. d. R. zur Finanzierung linker Aktivisten/Extremisten, die konservative Meinungen unterdrücken und aktive Meinungsmache gegen konservative Bevölkerungsgruppen betreiben.